

Antrag

der Fraktion GRÜNE

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Umwelt und Verkehr

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

I.

zu berichten,

1. in welcher Höhe vom Land im Haushaltsjahr 2001 (Rechnungsergebnis) Regionalisierungsmittel zur Förderung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) und ÖPNV eingesetzt wurden (Mittelabfluss);
2. in welcher Höhe das Land nach der von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Neuregelung der Regionalisierungsmittel für das Jahr 2002 Zuweisungen vom Bund erhält;
3. für welche Verwendungszwecke und Zusatzbestellungen im SPNV die zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel gegenüber den tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2001 eingesetzt werden;

II.

1. dafür Sorge zu tragen, dass die im Jahr 2002 dem Land zufließenden Regionalisierungsmittel vollständig in den Erhalt und Ausbau des Angebots der öffentlichen Verkehrsmittel investiert werden;
2. ohne jede weitere Verzögerung den Schienenverkehr auf der Schwarzwald- und der Südbahn (Wegfall des InterRegios) zur Ausschreibung zu bringen;

3. in Zukunft die Regionalisierungsmittel zeitnah einzusetzen und die Überschüsse der letzten Haushaltsjahre schnell in die Verbesserung des ÖPNV zu investieren.

04. 06. 2002

Boris Palmer, Kretschmann
und Fraktion

Begründung

Das Land erhält zur Förderung des Schienenpersonennahverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs seit der Bahnreform Zuweisungen des Bundes (so genannte Regionalisierungsmittel). Nach den Rechnungsergebnissen des Haushalts 2001 wurden im vergangenen Jahr von den zugeflossenen Bundeszuweisungen rund 220 Mio. Euro nicht im gleichen Haushaltsjahr für Nahverkehrszwecke ausgegeben („Sparkässe“).

Diese Ausgabezurückhaltung wurde vom Minister u.a. damit erklärt, dass Reserven gebildet werden müssten, um mögliche Rückzahlungen für Überzahlungen des Bundes im Jahr 2001 und Mittelkürzungen in den Folgejahren auffangen zu können.

Mit der Neuregelung der Höhe der Regionalisierungsmittel, die inzwischen von Bundestag und Bundesrat verabschiedet sind, sind diese Gründe entfallen. Der Bund hat auf Rückzahlungen der Länder für das Jahr 2001, die angesichts der Umsatzsteuerentwicklung fällig geworden wären, verzichtet. Für 2002 und die Folgejahre wurden die Mittel auf einem Niveau verstetigt, das deutlich über den Haushaltsansätzen für das Jahr 2001 liegt. Die Zuweisungen für Baden-Württemberg betragen im Jahr 2002 rund 704 Mio. Euro.

Damit ergibt sich für das Jahr 2002 gegenüber dem Mittelabfluss im Jahr 2001 ein zusätzliches Finanzvolumen von rund 55 Mio. Euro, das für die Förderung von SPNV und ÖPNV eingesetzt werden kann. Die Landesregierung sollte dem Landtag darstellen, für welche Zwecke diese Mittel eingesetzt werden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 2. Juli 2002 Nr. 33-3822.1-00/206 nimmt das Ministerium für Umwelt und Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

- I. 1. In welcher Höhe wurden vom Land im Haushaltsjahr 2001 (Rechnungsergebnis) Regionalisierungsmittel zur Förderung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) und ÖPNV eingesetzt (Mittelabfluss)?*

Zu I. 1.:

Nach dem endgültigen Rechnungsergebnis hat das Land im Haushaltsjahr 2001 1.234,5 Mio. DM (631,2 Mio. €) an Regionalisierungsmitteln für Zwecke des ÖPNV ausgegeben. Dieser Betrag weicht von der vorläufigen Angabe in der Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr vom 5. Februar 2002 zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE in Drucksache 13/703 ab.

I. 2. In welcher Höhe erhält das Land nach der von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Neuregelung der Regionalisierungsmittel für das Jahr 2002 Zuweisungen vom Bund?

Zu I. 2.:

Das Land erhält nach der Änderung des Regionalisierungsgesetzes für das Jahr 2002 einen Betrag von 704,3 Mio. € aus den Regionalisierungsmitteln.

I. 3. Für welche Verwendungszwecke und Zusatzbestellungen im SPNV werden die zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel gegenüber den tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2001 eingesetzt?

Zu I. 3.:

Im SPNV sollen im Laufe des Jahres 2002 gegenüber dem Vorjahr insbesondere für folgende Verwendungszwecke zusätzliche Regionalisierungsmittel eingesetzt werden:

- Stadtbahnbetrieb im Murgtal (Inbetriebnahme am 15. Juni 2002 erfolgt)
- Stadtbahnbetrieb Pforzheim–Bad Wildbad-Bahnhof
- Übernahme der Elztalbahn durch die Breisgau-S-Bahn
- InterRegio-Ersatzverkehre in Form von SPNV-Leistungen
- landesweit Schließung von Angebotslücken im Rahmen des Integralen Taktfahrplans.

Mit Ausnahme der bereits eröffneten Murgtalbahn sollen die Maßnahmen zum Fahrplanwechsel am 16. Dezember 2002 umgesetzt werden. Die bisherigen InterRegio-Ersatzverkehre werden von der DB AG bis zu diesem Zeitpunkt eigenwirtschaftlich angeboten. Daneben führen auch Kostensteigerungen zu einem höheren Mittelbedarf für den SPNV.

II. 1. Die Landesregierung soll dafür Sorge tragen, dass die im Jahr 2002 dem Land zufließenden Regionalisierungsmittel vollständig in den Erhalt und Ausbau des Angebots der öffentlichen Verkehrsmittel investiert werden.

Zu II. 1.:

Nach dem derzeitigen Stand der Finanzplanungen im Ministerium für Umwelt und Verkehr ist damit zu rechnen, dass die dem Land im Jahr 2002 zufließenden Regionalisierungsmittel vollständig für ÖPNV-Zwecke eingesetzt werden.

II. 2. Die Landesregierung soll ohne jede weitere Verzögerung den Schienenverkehr auf der Schwarzwald- und der Südbahn (Wegfall des InterRegios) zur Ausschreibung bringen.

Zu II. 2.:

Derzeit werden die notwendigen Daten zur Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen für die Verkehre auf der Schwarzwald- und der Südbahn erhoben. Das Ministerium für Umwelt und Verkehr wird die Ausschreibungen so bald wie möglich durchführen. Zeitliches Ziel ist eine Betriebsaufnahme durch die künftigen Betreiber bis spätestens Mitte/Ende 2005.

II. 3. Die Landesregierung soll in Zukunft die Regionalisierungsmittel zeitnah einsetzen und die Überschüsse der letzten Haushaltsjahre schnell in die Verbesserung des ÖPNV investieren.

Zu II. 3.:

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr beabsichtigt, sowohl die jährlich zufließenden Regionalisierungsmittel als auch die Überschüsse der letzten Haushaltsjahre zeitnah einzusetzen. Auf Grund der Komplexität vieler Einzelvorhaben kann jedoch nie ausgeschlossen werden, dass sich die Umsetzung und damit auch der Abfluss der Fördermittel verzögert. Außerdem beinhaltet die nach der Neufassung des Regionalisierungsgesetzes für das Jahr 2007 vorgesehene weitere Revision der Regionalisierungsmittel erhebliche Haushaltsrisiken für die Länder, die bei den Finanzplanungen zu berücksichtigen sind. Allerdings gilt auch für die Regionalisierungsmittel das Gebot der Landeshaushaltsordnung (§ 7 LHO), wonach bei der Verausgabung der Mittel die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten sind.

In Vertretung
Mappus
Staatssekretär